

Allgemeine Verkaufs-, Lieferungs-, Leistungs- und Zahlungsbedingungen

1. Allgemeines

Lieferungen und Leistungen erfolgen ausschließlich aufgrund der nachfolgenden Bedingungen:

Es gelten ausschließlich diese Allgemeinen Verkaufsbedingungen. Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftraggebers gelten nur insoweit, als die Südpfalzwerkstatt gemeinnützige GmbH (nachfolgend: der Auftragnehmer) ihnen ausdrücklich schriftlich zugestimmt hat. Dies gilt auch dann, wenn der Auftragnehmer trotz Kenntnis entgegenstehender oder von diesen Bedingungen abweichender Bestimmungen des Auftraggebers die Lieferung oder Leistung vorbehaltlos ausführt.

Die Angebote des Auftragnehmers sind freibleibend.

Aufträge des Auftraggebers stellen ein bindendes Angebot dar. Dieses gilt erst dann als angenommen, wenn der Auftragnehmer den Auftrag schriftlich bestätigt hat. Spätestens die Lieferung/Leistungserbringung und/oder Rechnungsstellung gilt als Annahme des Auftrags.

Rechtserhebliche Erklärungen und Anzeigen, die nach Vertragsschluss vom Auftraggeber dem Auftragnehmer gegenüber abzugeben sind (z.B. Fristsetzungen, Mahnungen, Rücktrittserklärungen) bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform.

Hinweise auf die Geltung gesetzlicher Vorschriften haben nur klarstellende Bedeutung. Auch ohne eine derartige Klarstellung gelten daher die gesetzlichen Vorschriften, soweit sie in diesen Bedingungen nicht unmittelbar abgeändert oder ausdrücklich ausgeschlossen werden.

Diese Bedingungen gelten im Geschäftsverkehr soweit der Auftraggeber Unternehmer im Sinne des § 14 BGB, eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öffentlich-rechtliches Sondervermögen ist.

2. Preise

Die Preise des Auftragnehmers verstehen sich rein netto, zuzüglich der gültigen gesetzlichen Mehrwertsteuer, soweit nicht anders vereinbart.

Bestätigte Preise gelten nur bei Abnahme der bestätigten Menge.

Arbeitsbeschreibungen und Losgrößenangaben des Auftraggebers gelten bei Werkverträgen und Werklieferverträgen als Grundlage der Preiskalkulation des Auftragnehmers. Treffen die Angaben des Auftraggebers ganz oder teilweise nicht zu und es ergibt sich dadurch bei der Auftragsausführung ein Mehraufwand, so behält sich der Auftragnehmer eine Neu festsetzung des Preises und eine Nachberechnung des Mehraufwandes vor.

3. Liefer- und Leistungszeit

Zugesagte Lieferfristen werden möglichst eingehalten, sind aber unverbindlich, soweit nichts anderes vereinbart ist. Sie sind mit der Bereitstellung der Ware zum Versand gewahrt.

Richtige und rechtzeitige Selbstbelieferung bleibt vorbehalten. Der Auftragnehmer wird den Auftraggeber unverzüglich über die Nichtverfügbarkeit des Liefergegenstandes informieren. Der Auftragnehmer ist berechtigt, die Liefer- und Leistungszeit um die Dauer der Behinderung und einer angemessenen Anlaufzeit zu verlängern oder für den noch nicht erfüllten Teil vom Vertrag ganz oder teilweise zurückzutreten. Im Falle des Rücktritts durch den Auftragnehmer wird die entsprechende Gegenleistung dem Auftraggeber unverzüglich erstattet. Der Rücktritt des Auftraggebers bestimmt sich nach Ziffer 9 dieser Bedingungen.

Ist die Nichteinhaltung von Fristen auf höhere Gewalt, z.B. Mobilmachung, Krieg, Aufruhr, oder auf ähnliche, nicht vom Auftragnehmer zu vertretende Ereignisse, z.B. Streik oder Aussperrung, zurückzuführen, verlängern sich die Fristen um die Zeiten, während derer das vorbezeichnete Ereignis oder seine Wirkungen andauern. Ein Verzug mit den Haftungsfolgen der Ziffer 8 tritt hierdurch nicht ein.

Bei verspäteter Materialbeistellung des Auftraggebers verlängert sich die Liefer- und Leistungszeit automatisch um den Zeitraum der Verzögerung.

Die Liefermenge kann fertigungsbedingt gegenüber der bestellten Menge um 10 % nach unten oder oben abweichen. Eine Neulieferung für die Mindermenge oder eine Preisänderung für die Mehrlieferung ist ausgeschlossen. Für die Abrechnung sind die in den Lieferscheinen und Rechnungen angegebenen Liefermengen maßgebend.

4. Versand und Gefährübergang

Lieferungen erfolgen ab Werk und auf Gefahr des Auftraggebers. Dies gilt auch, wenn der Transport durch den Auftragnehmer übernommen wird. Wird die Ware zur Abholung bereitgestellt, geht die Gefahr mit der Abnahme der Abholbereitschaft auf den Auftraggeber über.

Eine Transportversicherung erfolgt nur nach besonderer Vereinbarung und auf Rechnung des Auftraggebers.

Versandfertige Ware muss unverzüglich abgerufen werden. Geschieht dies nicht, ist der Auftragnehmer berechtigt, die Ware nach seiner Wahl und auf Kosten und Gefahr des Auftraggebers zu versenden oder einzulagern sowie die Ware zu berechnen. Führt der Annahmeverzug des Auftraggebers zu einer Verzögerung der Auslieferung, kann der Auftragnehmer pauschal für jeden Monat (ggf. zeitaufteilig) ein Lagergeld i.H.v. 1 % des Bruttokaufpreises höchstens jedoch insgesamt 10 % des Bruttokaufpreises berechnen. Dem Auftragnehmer ist der Nachweis gestattet, dass ein höherer Schaden entstanden ist.

5. Zahlungsbedingungen und Verzugsfolgen

Die Vergütung ist in vollem Umfang bei Lieferung bzw. Abnahme fällig. Der Auftraggeber kommt ohne weitere Erklärungen des Auftragnehmers 10 Tage nach dem Fälligkeitstag in Verzug, soweit er nicht bezahlt hat. Im Falle des Vorhandenseins von Mängeln steht dem Auftraggeber ein Zurückbehaltungsrecht nicht zu, es sei denn, die Lieferung ist offensichtlich mangelhaft bzw. dem Auftraggeber steht offensichtlich ein Recht zur Verweigerung der Abnahme der Arbeiten zu. In einem solchen Fall ist der Auftraggeber nur zur Zurückbehaltung berechtigt, soweit der einbehaltene Betrag im angemessenen Verhältnis zu den Mängeln und den voraussichtlichen Kosten der Nacherfüllung (insbesondere einer Mängelbeseitigung) steht. Der Auftraggeber ist nicht berechtigt, Ansprüche und Rechte wegen Mängeln geltend zu machen, wenn er fällige Zahlungen nicht geleistet hat und soweit der fällige Betrag (einschließlich etwaig geleisteter Zahlungen) in einem angemessenen Verhältnis zu dem Wert der – mit Mängeln behafteten – Lieferung bzw. den Arbeiten steht.

6. Eigentumsvorbehalt

Der Liefergegenstand bleibt Eigentum des Auftragnehmers bis zur Erfüllung sämtlicher ihm gegen den Auftraggeber aus der Geschäftsverbindung zustehenden Ansprüche.

Dem Auftraggeber ist es gestattet, den Liefergegenstand zu verarbeiten oder umzubilden („Verarbeitung“). Die Verarbeitung erfolgt für den Auftragnehmer; wenn der Wert des dem Auftragnehmer gehörenden Liefergegenstandes jedoch geringer ist als der Wert der nicht dem Auftragnehmer gehörenden Waren und/oder der Verarbeitung, so erwirbt der Auftragnehmer Miteigentum an der Neuware im Verhältnis des Wertes (Brutto-Rechnungswert) des verarbeiteten Liefergegenstandes zum Wert der übrigen verarbeiteten Ware und/oder der Verarbeitung zum Zeitpunkt der Verarbeitung. Soweit der Auftragnehmer nach dem Vorstehenden kein Eigentum an der Neuware erwirbt, sind sich Auftragnehmer und Auftraggeber darüber einig, dass der Auftraggeber dem Auftragnehmer Miteigentum an der Neuware im Verhältnis des Wertes

(Brutto-Rechnungswert) des dem Auftragnehmer gehörenden Liefergegenstandes zu dem der übrigen verarbeiteten Ware zum Zeitpunkt der Verarbeitung einräumt. Der vorstehende Satz gilt entsprechend im Falle der untrennbaren Vermischung oder der Verbindung des Liefergegenstandes mit dem Auftragnehmer nicht gehörender Ware. Soweit der Auftragnehmer nach dieser Ziffer 6 (Eigentumsvorbehalt) Eigentum oder Miteigentum erlangt, verwarft der Auftraggeber die Ware für den Auftragnehmer mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns.

Für den Fall der Veräußerung des Liefergegenstandes oder der Neuware tritt der Auftraggeber hiermit seinen Anspruch aus der Weiterveräußerung gegen seinen Abnehmer mit allen Nebenrechten sicherungshalber an den Auftragnehmer ab, ohne dass es noch weiterer besonderer Erklärungen bedarf. Die Abtretung gilt einschließlich etwaiger Saldoforderungen. Die Abtretung gilt jedoch nur in Höhe des Betrages, der dem vom Auftragnehmer in Rechnung gestellten Preis des Liefergegenstandes entspricht. Der dem Auftragnehmer abgetretene Forderungsanteil ist vorrangig zu befriedigen.

Verbindet der Auftraggeber den Liefergegenstand oder die Neuware mit Grundstücken, so tritt er, ohne dass es weiterer besonderer Erklärungen bedarf, auch seine Forderung, die ihm als Vergütung für die Verbindung zusteht, in Höhe des Betrages ab, der dem vom Auftragnehmer in Rechnung gestellten Preis des Liefergegenstandes entspricht.

Bis auf Widerruf ist der Auftraggeber zur Einziehung der gemäß dieser Ziffer 6 (Eigentumsvorbehalt) an den Auftragnehmer abgetretenen Forderungen befugt. Der Auftraggeber wird auf die abgetretenen Forderungen geleistete Zahlungen bis zur Höhe der gesicherten Forderung unverzüglich an den Auftragnehmer weiterleiten. Bei Vorliegen berechtigter Interessen, insbesondere bei Zahlungsverzug, Zahlungseinstellung, Eröffnung eines Insolvenzverfahrens, Wechselprotest oder begründeten Anhaltspunkten für eine Überschuldung oder drohende Zahlungsunfähigkeit des Auftraggebers, ist der Auftragnehmer berechtigt, die Einziehungsbefugnis des Auftraggebers zu widerrufen. Außerdem kann der Auftragnehmer nach vorheriger Androhung unter Einhaltung einer angemessenen Frist die Sicherungsabtretung offen legen, die abgetretenen Forderungen verwerten sowie die Offenlegung der Sicherungsabtretung durch den Auftraggeber gegenüber den Abnehmern verlangen.

Bei Glaubhaftmachung eines berechtigten Interesses hat der Auftraggeber dem Auftragnehmer die zur Geltendmachung von dessen Rechten gegen die Abnehmer erforderlichen Auskünfte zu erteilen und die erforderlichen Unterlagen auszuhändigen.

Während des Bestehens des Eigentumsvorbehalts ist dem Auftraggeber eine Verpfändung oder Sicherungsübereignung untersagt. Bei Pfändungen, Beschlagnahme oder sonstigen Verfügungen oder Eingriffen Dritter hat der Auftraggeber den Auftragnehmer unverzüglich zu benachrichtigen. Die Weiterveräußerung des Liefergegenstandes oder der Neuware ist nur Wiederverkäufern im ordentlichen Geschäftsgang und nur unter den Bedingungen gestattet, dass die Zahlung des Gegenwertes des Liefergegenstandes an den Auftraggeber erfolgt. Der Auftraggeber hat mit dem Abnehmer auch zu vereinbaren, dass erst mit dieser Zahlung der Abnehmer Eigentum erwirbt.

Soweit der realisierbare Wert aller Sicherungsrechte, die dem Auftragnehmer zustehen, die Höhe aller gesicherten Ansprüche um mehr als 10 % übersteigt, wird der Auftragnehmer auf Wunsch des Auftraggebers einen entsprechenden Teil der Sicherungsrechte freigeben. Es wird vermutet, dass die Voraussetzungen des vorstehenden Satzes erfüllt sind, wenn der Schätzwert der dem Auftragnehmer zustehenden Sicherheiten 150 % des Wertes der gesicherten Ansprüche erreicht oder übersteigt. Dem Auftragnehmer steht die Wahl bei der Freigabe zwischen verschiedenen Sicherungsrechten zu.

Bei Pflichtverletzungen des Auftraggebers, insbesondere bei Zahlungsverzug, ist der Auftragnehmer auch ohne Fristsetzung berechtigt, die Herausgabe des Liefergegenstandes bzw. der Neuware zu verlangen und/oder – erforderlichenfalls nach Fristsetzung – vom Vertrag zurückzutreten; der Auftraggeber ist zur Herausgabe verpflichtet. Im Herausgabeverlangen des Liefergegenstandes/der Neuware liegt keine Rücktrittserklärung des Auftragnehmers, es sei denn, dies wird ausdrücklich erklärt.

7. Mängel

Mängelansprüche bestehen nicht bei nur unerheblicher Abweichung von der vereinbarten Beschaffenheit oder bei nur unerheblicher Beeinträchtigung der Brauchbarkeit.

Das Fehlen zugesicherter Eigenschaften zählt zu den berechtigten Mängeln. Als zugesicherte Eigenschaft gelten aber nur ausdrücklich vom Auftragnehmer schriftlich bestätigte Spezifikationen. Vom Auftragnehmer gelieferte Muster, nach denen die Bestellung erfolgt, stellen immer nur den durchschnittlichen Ausfall der Ware dar. Handelsübliche Toleranzen sind zulässig. Gleiches gilt für Lieferungen nach Katalog, Prospekt oder nach unseren Angaben.

Das Wahlrecht zwischen Mängelbeseitigung und Neulieferung/Neuleistung steht in jedem Fall dem Auftragnehmer zu. Das Verlangen des Auftraggebers auf Nacherfüllung hat schriftlich zu erfolgen. Dem Auftragnehmer ist für die Nacherfüllung eine angemessene Frist einzuräumen. Ist die Lieferung nachzubessern, so ist ein Fehlschlagen der Nachbesserung erst nach dem erfolglosen zweiten Versuch gegeben. Schlägt die Nacherfüllung fehl, so steht dem Auftraggeber das Recht zu, zu mindern oder – wenn nicht eine Bauleistung Gegenstand der Mängelhaftung ist – nach seiner Wahl vom Vertrag zurückzutreten. Die gesetzlichen Fälle der Entbehrlichkeit der Fristsetzung bleiben unberührt. Die Anwendung der §§ 478, 479 BGB (Rückgriffsanspruch des Unternehmers) bleibt unberührt. Unberührt bleibt auch das Recht des Auftraggebers, nach Ziffer 8 dieser Bedingungen Schadensersatz zu verlangen.

Die zum Zwecke der Nacherfüllung erforderlichen Aufwendungen trägt der Auftraggeber, soweit sie sich dadurch erhöhen, dass die Lieferungen oder Leistungen an einen anderen Ort als die Niederlassung des Auftraggebers verbracht werden, es sei denn, die Verbringung entspricht ihrem bestimmungsgemäßen Gebrauch. Die Anwendung des § 478 BGB (Rückgriffsanspruch des Unternehmers) bleibt unberührt. Unbeschadet weitergehender Ansprüche des Auftragnehmers hat der Auftraggeber im Falle einer unberechtigten Mängelrüge dem Auftragnehmer die Aufwendungen zur Prüfung zu ersetzen.

8. Haftung

a) Der Auftragnehmer haftet in Fällen des Vorsatzes oder der groben Fahrlässigkeit des Auftragnehmers oder eines Vertreters oder Erfüllungsgehilfen sowie bei einer schuldhaft verursachten Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit nach den gesetzlichen Bestimmungen. Die Haftung des Auftragnehmers ist in Fällen grober Fahrlässigkeit jedoch auf den vertragstypischen, vorhersehbaren Schaden begrenzt, soweit nicht zugleich ein anderer der in S. 1 oder S. 3 dieses Absatzes aufgeführten Ausnahmefälle vorliegt. Im Übrigen haftet der Auftragnehmer nur nach dem Produkthaftungsgesetz, wegen der schuldhaften Verletzung wesentlicher Vertragspflichten oder soweit der Auftragnehmer den Mangel arglistig verschwiegen oder eine Garantie für die Beschaffenheit des Liefergegenstandes übernommen hat. Der Schadensersatzanspruch für die Verletzung wesentlicher Vertragspflichten ist jedoch auf den vertragstypischen, vorhersehbaren Schaden begrenzt, wenn nicht zugleich ein anderer der in S. 1 oder S. 3 dieses Absatzes aufgeführten Ausnahmefälle vorliegt.

Die Regelungen des vorstehenden Absatzes gelten für alle Schadensersatzansprüche (insbesondere für Schadensersatz neben der Leistung und Schadensersatz statt der Leistung), und zwar gleich aus welchem Rechtsgrund, insbesondere wegen Mängeln, der Verletzung von Pflichten aus dem Schuldverhältnis oder aus unerlaubter Handlung. Sie gelten auch für den Anspruch auf Ersatz vergeblicher Aufwendungen. Die Haftung für Verzug bestimmt sich jedoch nach Ziffer 8.b. dieser Bedingungen, die Haftung für Unmöglichkeit nach Ziffer 8.c. dieser Bedingungen.

Eine Änderung der Beweislast zum Nachteil des Auftraggebers ist mit den vorstehenden Regelungen nicht verbunden.

b) Der Auftragnehmer haftet bei Verzögerung der Leistung in Fällen des Vorsatzes oder der groben Fahrlässigkeit des Auftragnehmers oder eines Vertreters oder Erfüllungsgehilfen sowie bei einer schuldhaft verursachten Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit nach den gesetzlichen Bestimmungen. Die Haftung des Auftragnehmers ist in Fällen grober Fahrlässigkeit jedoch auf den vertragstypischen, vorhersehbaren Schaden begrenzt. Außerhalb der Fälle des S. 1 und S. 2 wird die Haftung des Auftragnehmers wegen Verzugs für den Schadensersatz neben der Leistung auf insgesamt 5 % und für den Schadensersatz statt der Leistung (einschließlich des Ersatzes vergeblicher Aufwendungen) auf insgesamt 25 % des Wertes der Lieferung/Leistung begrenzt. Weitergehende Ansprüche des Auftraggebers sind – auch nach Ablauf einer dem Auftragnehmer etwa gesetzten Frist zur Leistung – ausgeschlossen. Die Beschränkung gilt nicht bei schuldhafter Verletzung wesentlicher Vertragspflichten. Der Schadensersatzanspruch für die schuldhafte Verletzung wesentlicher Vertragspflichten ist jedoch auf den vertragstypischen vorhersehbaren Schaden begrenzt, soweit nicht zugleich ein weiterer Fall nach S. 1 gegeben ist. Das Recht des Auftraggebers zum Rücktritt vom Vertrag bleibt unberührt. Eine Änderung der Beweislast zum Nachteil des Auftraggebers ist mit den vorstehenden Regelungen nicht verbunden.

c) Der Auftragnehmer haftet bei Unmöglichkeit der Lieferung/Leistung in Fällen des Vorsatzes oder der groben Fahrlässigkeit des Auftragnehmers oder eines Vertreters oder Erfüllungsgehilfen sowie bei einer schuldhaft verursachten Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit nach den gesetzlichen Bestimmungen. Die Haftung des Auftragnehmers ist in Fällen grober Fahrlässigkeit jedoch auf den vertragstypischen, vorhersehbaren Schaden begrenzt, wenn nicht zugleich ein anderer der in S. 1 aufgeführten Ausnahmefälle vorliegt. Außerhalb der Fälle des S. 1 und des S. 2 wird die Haftung des Auftragnehmers wegen Unmöglichkeit auf Schadensersatz und auf Ersatz vergeblicher Aufwendungen auf insgesamt 30 % des Wertes der Lieferung/Leistung begrenzt. Weitergehende Ansprüche des Auftraggebers wegen Unmöglichkeit der Lieferung sind – auch nach Ablauf einer dem Auftragnehmer etwa gesetzten Frist zur Leistung – ausgeschlossen. Das Recht des Auftraggebers zum Rücktritt vom Vertrag bleibt unberührt. Eine Änderung der Beweislast zum Nachteil des Auftraggebers ist mit den vorstehenden Regelungen nicht verbunden.

d) Geht Material des Auftraggebers beim Auftragnehmer unverschuldet unter oder verschlechtert es sich, so trägt der Auftraggeber nach § 644 BGB das Risiko.

Stellt der Auftraggeber dem Auftragnehmer Material zur Verfügung, dessen Mängel und Fehler eine Bearbeitung erschweren oder sogar die endgültige Ausführung unmöglich macht, so hat der Auftragnehmer bei fachmännischer Bearbeitung nach § 645 BGB Anspruch auf Vergütung der Mehrkosten bzw. der geleisteten Arbeit.

9. Rücktritt

Der Auftraggeber kann im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen vom Vertrag nur zurücktreten, wenn der Auftragnehmer die Pflichtverletzung zu vertreten hat. (Im Falle von Mängeln gelten statt des vorstehenden Satzes jedoch die gesetzlichen Voraussetzungen des Rücktritts.) Der Auftraggeber hat sich bei Pflichtverletzungen innerhalb einer angemessenen Frist nach Aufforderung des Auftragnehmers zu erklären, ob er wegen der Pflichtverletzung vom Vertrag zurücktritt oder auf die Leistung besteht.

10. Verjährung bei Werkleistungen / neuen Sachen

Die Verjährungsfrist für Ansprüche und Rechte wegen Mängeln der Lieferungen/Leistungen – gleich aus welchem Rechtsgrund – beträgt ein Jahr. Dies gilt jedoch nicht in den Fällen des § 438 Abs. 1 Nr. 1 BGB (Rechtsmängel bei unbeweglichen Sachen), § 438 Abs. 1 Nr. 2 BGB (Bauwerke, Sachen für Bauwerke), § 479 Abs. 1 BGB (Rückgriffsanspruch des Unternehmers) oder § 634a Abs. 1 Nr. 2 BGB (Bauwerke oder Werk, dessen Erfolg in der Erbringung von Planungs- oder Überwachungsleistungen hierfür besteht). Die im vorstehenden S. 2 ausgenommenen Fälle unterliegen einer Verjährungsfrist von drei Jahren.

Die Verjährungsfristen nach Abs. 1 gelten auch für sämtliche Schadensersatzansprüche gegen den Auftragnehmer, die mit dem Mangel im Zusammenhang stehen – unabhängig von der Rechtsgrundlage des Anspruchs.

Die Verjährungsfristen nach Abs. 1 und Abs. 2 gelten jedoch mit folgender Maßgabe:

a) Die Verjährungsfristen gelten generell nicht im Falle des Vorsatzes oder bei arglistigem Verschweigen eines Mangels oder soweit der Auftragnehmer eine Garantie für die Beschaffenheit des Liefergegenstandes übernommen hat.

b) Die Verjährungsfristen gelten für Schadensersatzansprüche zudem nicht bei einer grob fahrlässigen Pflichtverletzung, im Falle – nicht in der Lieferung einer mangelhaften Sache bzw. der Erbringung einer mangelhaften Werkleistung bestehender – schuldhafter Verletzung wesentlicher Vertragspflichten, in den Fällen einer schuldhaft verursachten Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit oder bei Ansprüchen nach dem Produkthaftungsgesetz. Die Verjährungsfristen für Schadensersatzansprüche gelten auch für den Ersatz vergeblicher Aufwendungen. Entspricht dies der allg. Rechtsprechung? Können wir es weg lassen?

Die Verjährungsfrist beginnt bei allen Ansprüchen mit der Ablieferung, bei Werkleistungen mit der Abnahme.

Soweit nicht ausdrücklich anderes bestimmt ist, bleiben die gesetzlichen Bestimmungen über den Verjährungsbeginn, die Ablaufhemmung, die Hemmung und den Neubeginn von Fristen unberührt.

Die vorstehenden Regelungen gelten entsprechend für Schadensersatzansprüche, die mit einem Mangel nicht im Zusammenhang stehen; für die Verjährungsfrist gilt Absatz 1 S. 1.

Eine Änderung der Beweislast zum Nachteil des Auftraggebers ist mit den vorstehenden Regelungen nicht verbunden.

11. Verjährung bei gebrauchten Sachen

Ansprüche und Rechte wegen Mängeln der Lieferungen – gleich aus welchem Rechtsgrund – werden ausgeschlossen. Dies gilt jedoch nicht in den Fällen des § 438 Abs. 1 Nr. 1 BGB (Rechtsmängel bei unbeweglichen Sachen) oder § 438 Abs. 1 Nr. 2 BGB (Bauwerke, Sachen für Bauwerke). Die im vorstehenden S. 2 ausgenommenen Fälle unterliegen einer Verjährungsfrist von einem Jahr.

Die Ausschluss- bzw. Verjährungsregelungen nach Abs. 1 gelten auch für sämtliche Schadensersatzansprüche gegen den Auftragnehmer, die mit dem Mangel im Zusammenhang stehen – unabhängig von der Rechtsgrundlage des Anspruchs.

Der Ausschluss und die Verjährungsfristen gem. Abs. 1 und Abs. 2 gelten mit folgender Maßgabe:

a) Sie gelten generell nicht im Falle des Vorsatzes oder bei arglistigem Verschweigen eines Mangels oder soweit der Auftragnehmer eine Garantie für die Beschaffenheit des Liefergegenstandes übernommen hat.

b) Die Verjährungsfristen gelten für Schadensersatzansprüche zudem nicht bei einer grob fahrlässigen Pflichtverletzung, im Falle – nicht in der Lieferung einer mangelhaften Sache bzw. der Erbringung einer mangelhaften Werkleistung bestehender – schuldhafter Verletzung wesentlicher Vertragspflichten, in den Fällen einer schuldhaft verursachten Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit oder bei Ansprüchen nach dem Produkthaftungsgesetz. Der Ausschluss bzw. die Verjährungsfristen für

Schadensersatzansprüche gelten auch für den Ersatz vergeblicher Aufwendungen.

Die Verjährungsfrist beginnt bei allen Ansprüchen mit der Ablieferung der Sache. Soweit nicht ausdrücklich anderes bestimmt ist, bleiben die gesetzlichen Bestimmungen über den Verjährungsbeginn, die Ablaufhemmung, die Hemmung und den Neubeginn von Fristen unberührt. Soweit Schadensersatzansprüche jeder Art gegen den Auftragnehmer bestehen, die mit einem Mangel nicht im Zusammenhang stehen, werden sie ausgeschlossen.

Eine Änderung der Beweislast zum Nachteil des Auftraggebers ist mit den vorstehenden Regelungen nicht verbunden.

12. Abtretung, Aufrechnung, Teillieferungen

Ansprüche aus diesem Vertrag darf der Auftraggeber nur mit Zustimmung des Auftragnehmers abtreten.

Der Auftraggeber kann nur mit solchen Forderungen aufrechnen, die unbestritten oder rechtskräftig festgestellt sind.

Teillieferungen sind zulässig, soweit sie dem Auftraggeber zuzumuten sind.

13. Verletzung von Rechten Dritter

Erfolgen Lieferungen oder Leistungen nach Zeichnungen oder sonstigen Angaben des Auftraggebers und werden dadurch Rechte Dritter, insbesondere Schutzrechte, verletzt, stellt der Auftraggeber den Auftragnehmer von allen daraus entstehenden Ansprüchen frei, es sei denn, der Auftragnehmer ist an der Entstehung der Ansprüche durch Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit beteiligt. Für die Schadensverteilung zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer gelten in diesem Fall § 840 BGB bzw. § 264 BGB.

14. Modelle, Werkzeuge, Muster

Werkzeuge, Formen und ähnliche Vorrichtungen bleiben alleiniges Eigentum des Auftragnehmers, auch wenn der Auftraggeber für deren Benutzung einen Kostenanteil vergütet.

Soweit der Auftraggeber dem Auftragnehmer Werkzeuge, Formen oder ähnliche Vorrichtungen zur Verfügung stellt, sind diese dem Auftragnehmer kostenlos zu überbringen bzw. zuzusenden. Für deren Untergang oder Verschlechterung und daraus resultierende Schäden übernimmt der Auftragnehmer eine Haftung nur, soweit es sich um Folgen durch den Auftragnehmer vermeidbarer Schäden handelt.

Vom Auftragnehmer gelieferte Muster werden – falls nicht anders vereinbart – berechnet.

15. Datenspeicherung

Der Auftragnehmer speichert die für die vertragsgemäße Auftragsabwicklung erforderlichen Daten gemäß dem Bundesdatenschutzgesetz.

Der Auftragnehmer sichert zu, die Daten nur in diesem Zusammenhang zu verwenden.

16. Erfüllungsort und Gerichtsstand

Erfüllungsort für Lieferungen du Zahlungen ist der Sitz des Auftragnehmers.

Bei allen sich aus dem Vertragsverhältnis ergebenden Streitigkeiten ist die Klage bei dem Gericht zu erheben, das für den Sitz des Auftragnehmers zuständig ist. Der Auftragnehmer ist auch berechtigt, am Hauptsitz des Auftraggebers zu klagen.

Für die Rechtsbeziehungen der Parteien gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss internationalen Einheitsrechts, insbesondere UN-Kaufrechts.

17. Sonstiges

Hinweis nach § 36 VSBG - Die Südpfalzwerkstatt gGmbH ist nicht bereit, an einem Streitbelegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle teilzunehmen.

Fassung März 2017

General Terms and Conditions of Sale, Delivery, Service and Payment

1. Generally

Deliveries and work will be provided solely on account of the following terms and conditions.

These General Terms and Conditions of Sale solely apply. The customer's general terms and conditions of business only apply insofar as Südpfalzwerkstatt gemeinnützige GmbH (referred to as the contractor hereinafter) has expressly consented to them in writing. This rule also applies whenever the contractor makes the delivery or provides the work unreservedly, despite being aware that the customer's provisions diverge from these terms and conditions.

The contractor's quotations are given without engagement and they are subject to change without notice.

The customer's orders represent a binding offer. This offer will only apply as accepted whenever the contractor has confirmed the order in writing. The date when the delivery is made or the work is provided at the latest applies as acceptance of the order.

Legally relevant declarations and notifications that the customer must give to the contractor after concluding the contract (e.g., setting time limits or deadlines, reminders, declarations of withdrawal) require the written form in order for them to be operative.

Advice about the validity of legal regulations only has a clarifying significance. Therefore, the legal regulations apply even without such a clarification insofar as they are not directly altered in these terms and conditions, nor expressly excluded by them.

These conditions apply to the business transactions insofar as the customer is a businessman for the purposes of Article 14 of the German Civil Code, or a legal entity according to public law, or comprises special assets according to public law.

2. Prices

The contractor's prices are understood to be purely net, plus the valid, statutory, value-added tax insofar as nothing else is agreed.

Confirmed prices only apply to acceptance of the confirmed quantity.

The customer's descriptions of the work and his information about the size of the batches apply to the work contracts as well as to the work-and-delivery contracts as the basis for calculating the prices. If the customer's information is not entirely or partly accurate and an extra cost is incurred when carrying out the order because of that, then the contractor will retain the right to reassess the price and to recalculate the extra cost.

3. Period of delivery and period of work

The promised times of delivery will be complied with as far as possible but they are non-binding insofar nothing else is agreed. They will be complied with on the date when the goods are provided for despatch.

The right is reserved to arrange for correct and timely self-supply. The contractor will inform the customer immediately whenever the item is not available for delivery. The contractor is entitled to prolong the period of delivery and the period of work by the duration of the hindrance and he is entitled to demand a reasonable start-up period, or to withdraw entirely or partly from that part of the contract which has not been fulfilled yet. The appropriate *quid pro quo* will be reimbursed to the contractor in the case that the contractor withdraws. The customer's withdrawal is determined according to Clause 9 of these Terms and Conditions.

If the non-compliance with time limits or deadlines is attributable to force majeure, e.g., mobilization, war or unrest, or to similar events for which the contractor is not responsible, e.g., strike or lockout, then the time limits or deadlines will be prolonged by the periods during which the aforementioned event or its effect lasts. Delayed performance with the consequences of liability according to Clause 8 will not occur because of that.

The period of delivery and the period of work will be prolonged automatically by the period of the postponement, in the case that the customer provides the materials belatedly.

The delivered quantity can differ by 10% downwards or upwards, depending upon the manufacturing process. A new delivery of a reduced quantity, or an altered price for delivering an extra quantity, is excluded. The quantities for delivery that have been quoted in the delivery notes and invoices are decisive.

4. Despatch and passage of risk

The deliveries are made ex-works and at the customer's risk. This rule also applies if the transport will be undertaken by the contractor. If the goods are provided for collection, then the risk will pass to the customer when the readiness for collection is notified to him.

A transport insurance policy will only be arranged according to a special agreement and at the customer's cost.

Goods that ready for despatch must be called forward: if that does not happen, then the contractor will be entitled to despatch or store the goods at the customer's cost and risk, as well as to charge for the goods. If the customer's delay in accepting the goods leads to a delay in the delivery, then the contractor can charge an all-inclusive storage fee of 1% of the gross purchase price for every month (or part of a month respectively) but not more than 10% of the gross purchase price overall. The contractor is permitted to prove that higher damages have arisen.

5. Terms of payment and consequences of delayed performance

The full amount of remuneration is due for payment when the goods are delivered or accepted. The customer will fall into arrears 10 days after the due date for payment without the contractor reminding him, insofar as he has not paid. No right of retention is vested in the customer if there are defects, unless the delivery is apparently defective or if a right to refuse to accept the work is apparently vested in the customer. The customer is only entitled to the retention in such a case insofar as the retained amount is reasonably related to the defects and to the probable cost of non-fulfilment (especially for remedying the defects). The customer is not entitled to make claims and assert rights because of defects, if he has not made the due payments and insofar as the due amount (including any made payments) is reasonably related to the value of the delivery – that is flawed with defects – or to value of the work.

6. Reservation of ownership

The delivered article remains the contractor's property until all of the claims which are vested in him against the customer and which arise from the business connection have been fulfilled or settled.

The customer is entitled to process or remodel ('fashion') the delivered article. The fashioning will be done for the contractor; however, if the value of the delivered article that belongs to the contractor is less than the value of the goods that do not belong to the contractor or less than the value of the fashioned goods, then the contractor will acquire the co-ownership of the new goods in relation to the value (gross invoiced value) of the fashioned delivered article with the value of the remaining fashioned goods, or both, or in relation to the value of the fashioned goods at the time when they are fashioned, or both. The contractor and the customer agree that the customer will grant the contractor co-ownership of the new goods in relation to the value (gross invoiced value) of the delivered article that belongs to the contractor with the remaining fashioned article at the point in time when it is fashioned, insofar as the contractor does not acquire any ownership of the new goods according to the aforementioned sentence. The preceding sentence applies accordingly in the case that the delivered article is inseparably mixed or connected with the goods which do not belong to the contractor. The customer will safeguard the goods for the contractor with the due

care and diligence of a prudent businessman, insofar as the contractor has acquired the ownership or co-ownership of them according to this Clause 6 (reservation of ownership).

The customer assigns to the contractor herewith his claim against his buyer arising from the resale, with all ancillary rights by way of security, in the case of selling the delivered article or the new goods, without further special declarations still being required. The assignment applies including any debt claims. However, the assignment only applies according to the value of the amount corresponding to the price that the contractor has invoiced for the delivered article. The part of the debt claim that is assigned to the contractor must be satisfied preferentially.

If the customer connects the delivered article or the new goods to real estate or property, then he will also assign his debt claim which is vested in him as remuneration for the connection, which is the value of the amount that corresponds to the price that the contractor has invoiced for the delivered article, without further special declarations being required.

The customer is entitled to collect the debt claims that have been assigned to the contractor according to this Clause 6 (reservation of ownership), until the revocation. The customer will immediately forward to the contractor the payments that are made for the assigned debt claims up to the value of the secured debt claim. The contractor is entitled to revoke the customer's authorization for collection if there are justified interests; especially in the case of delayed or defaulted payment, suspended or stopped payment, opening of insolvency proceedings, protest against a bill of exchange or justified indications of the customer's over-indebtedness or imminent insolvency. In addition, the contractor can disclose the assignment of security after previously threatening to do so and subject to granting a reasonable time limit, or he can utilize the assigned debt claims and demand that the customer discloses to the buyers that he has assigned the security.

If there is prima facie evidence of an entitled interest, then the customer has to give the information to the contractor that is required for asserting these rights against the buyers and he must hand over the requisite documents.

The customer is prohibited from pledging [the delivered article] or assigning security while the reservation of ownership exists. The customer has to notify the contractor immediately in cases of distraints, seizures or other dispositions or intrusions of third parties. It is only permitted for resellers to resell the delivered article or the new goods during the ordinary course of business and only subject to the conditions that the equivalent value of the delivered article is paid to the customer. The customer also has to agree with the buyer, that the buyer will only acquire ownership when this payment has been made.

The contractor will release an appropriate part of the security rights (i.e., rights of lien) at the customer's request, insofar as the realizable value of all the security rights that are vested in the contractor exceeds the value of all the secured claims by more than 10%. It is assumed that the prerequisites of the preceding sentence have been fulfilled, if the estimated value of the securities that are vested in the contractor reaches or exceeds 150% of the value of the secured claims. The choice between the various security rights for the release is vested in the contractor.

If the customer infringes his duties, especially in the case of delayed or defaulted payment, then the contractor will be entitled, even without setting a time limit, to demand that the delivered article or the new goods is or are surrendered respectively, or to withdraw from the contract, or both, after setting the time limit if necessary; the customer is obligated to the surrender. No declaration of withdrawal by the contractor can be derived from the demanded surrender of the delivered article or the new goods, unless it is declared expressly.

7. Defects

Defects claims do not exist in the case of [the delivered article] diverging from the agreed quality only negligibly, or in the case of impairing the usability only negligibly.

The lack of assured characteristic features counts as justified defects. However, only the specifications that the contractor has expressly confirmed in writing apply as an assured characteristic feature. The samples that the contractor supplies and according to which the purchase order will be placed, always represent only the typical average quality of the goods. The commercially usual tolerances are permissible. The same thing applies to the deliveries that are made according to the catalogue, brochure or our information.

The right to choose between remedying the defect and a new delivery or new work is vested in the contractor in every case. The customer has to demand supplementary fulfilment in writing. A reasonable time limit or period of grace must be granted to the contractor. If the delivery must be remedied, then the remedy will only be considered to have failed after the second unsuccessful attempt. If the subsequent fulfilment fails, then the right will be vested in the customer to a reduction [of the price] or to withdraw from the contract if the object of the defects liability is not building work. The legal cases of dispensing with setting a time limit remain unaffected. The application of Articles 478 and 479 of the German Civil Code (the contractor's right of recourse) remains unaffected. The contractor's right to demand compensatory damages according to Clause 8 of these Terms and Conditions remains unaffected too.

The customer will bear the expenses that are required for the purposes of supplementary fulfilment, insofar as they are increased as a result of relocating the delivery or work to a location other than the customer's branch, unless the transfer corresponds to using it as directed. The application of Article 478 of the German Civil Code (the contractor's right of recourse) remains unaffected. The customer has to reimburse the contractor's checking expenses in the case of an unjustified notice of defects or a customer's complaint, irrespective of the contractor's further claims.

8. Liability

a) The contractor is liable in cases of (criminal) intent, or gross negligence of the contractor or one of his representatives or vicarious agents, as well as in the case of culpably causing injury to the life, limb or health according to the statutory provisions. However, the contractor's liability in cases of gross negligence is limited to the contractually typical and foreseeable damage, insofar as there is not another of the exceptional cases that is described in the 1st or 3rd sentences of this paragraph at the same time. Otherwise, the contractor is only liable according to the Product Liability Law because of culpably infringing the essential contractual duties or insofar as the contractor fraudulently conceals the defect or he has undertaken a guarantee for the quality of the delivered article. However, the claim for compensatory damages because of infringing the essential contractual duties is limited to the contractually typical and foreseeable damage, if there is not another of the exceptional cases that is described in the 1st or 3rd sentences of this paragraph at the same time.

The preceding paragraph's regulations apply to all of the claims for compensatory damages (especially for compensatory damages in addition to work or performance and compensatory damages instead of work or performance); namely, irrespective of whatever legal reason; especially because of defects or infringing the duties arising from the obligation, or arising from the impermissible action. These regulations also apply to the claims for compensation of ostensible expenses. However, the liability for delayed performance is determined according to Clause 8.b. of these terms and conditions, whereas the liability for impossibility is determined according to Clause 8.c. of these terms and conditions.

No alteration of the burden of proof to the customer's disadvantage is connected with the preceding regulations.

b) The contractor is liable in the case of delaying the work or in cases of (criminal) intent, or the gross negligence of the contractor or one of his representatives or vicarious agents, as well as in the case of culpably caused injury to the life, limb or health according to the statutory provisions. However, the contractor's liability in cases of gross negligence is limited to the contractually typical and foreseeable damage. Except for the cases in the 1st and 2nd sentences, the contractor's

liability because of delayed performance is limited to 5 % overall for the compensatory damage in addition to the work and it is limited for compensatory damage instead of work to 25 % overall of the value of the delivery or work (including the compensation of ostensible expenses). The customer's further claims are excluded, even after any time limit that was set for the contractor to do the work has expired. The limitation does not apply to culpably infringing the essential contractual duties. However, the claim for compensatory damages because of culpably infringing essential contractual duties is limited to the contractually typical and foreseeable damage insofar as there is not a further case according to the 1st sentence at the same time. The customer's right to withdraw from the contract remains unaffected. No alteration of the burden of proof to the customer's disadvantage is connected with the preceding regulations.

c) The contractor is liable if the delivery or work is impossible in cases of (criminal) intent or the gross negligence of the contractor or one of his representatives or vicarious agents, as well as in the case of a culpably caused injury of the life, limb or health according to the statutory provisions. However, the contractor's liability is limited to the contractually typical and foreseeable damage in cases of gross negligence, if there is not another of the exceptional cases that is described in the 1st sentence at the same time. The contractor's liability because of impossibility is limited to compensatory damages and to compensation for the ostensible expenses totalling 30 % of the value of the delivery or work, except for the cases in the 1st and 2nd sentences. The customer's further claims because of impossible delivery are excluded, even after any time limit that was set for the contractor has expired. The customer's right to withdraw from the contract remains unaffected. No alteration of the burden of proof to the customer's disadvantage is connected with the preceding regulations.

d) If the customer's material that has been left with the contractor perishes or deteriorates through no fault of his own, then the customer will bear the risk according to Article 644 of the German Civil Code.

If the customer provides material to the contractor, which contain defects and flaws that hamper the processing or even make the conclusive execution impossible, then the contractor will have a claim to remuneration of the extra costs or of the performed work if he has processed it skilfully according to Article 645 of the German Civil Code.

9. Withdrawal

The customer can only withdraw from the contract within the framework of the statutory provisions if the contractor has infringed his duties. (However, the statutory prerequisites for withdrawal apply instead of the preceding sentence in the case of defects.) The customer has to declare within a reasonable time limit about whether he will withdraw from the contract because of the infringed duty or he will insist on the work being done in response to the contractor's request, in the case that duties have been infringed.

10. Statutory limitation in the case of performed work or new articles

The statutory limitation is one year for claims and rights because of defects in the deliveries or work, irrespective of whatever legal reason. However, this period does not apply in the cases of Article 438, Para. 1, No. 1 of the German Civil Code (legal defects in the case of fixed assets), Article 438, Para 1, No. 2 of the German Civil Code (buildings and articles for buildings), Article 479, Para. 1 of the German Civil Code (the contractor's right to recourse) or Article 634a, Para. 1, No. 2 of the German Civil Code (buildings or work which depend(s) upon successful provision of the planning service or supervisory service). The excepted cases in the preceding 2nd sentence are subject to a period of limitation of three years.

The periods of limitation according to Para. 1 also apply to all of the claims for compensatory damages against the contractor which are connected with the defect, irrespective of the claim's legal basis.

However, the periods of limitation according to Paras. 1 and 2 do not apply with the following provisos.

a) The periods of limitation generally do not apply in the case of (criminal) intent or fraudulent concealment of a defect, nor insofar as the contractor has undertaken a guarantee for the quality of the delivered article.

b) Furthermore, the periods of limitation do not apply to claims for compensatory damages in the case of a grossly negligent infringement of duty, nor in the case of culpably infringing the essential contractual duties that exist in delivering a defective article or providing defectively performed work, nor in the cases of a culpably caused injury to the life, limb or health, nor in the cases of claims according to the Product Liability Law. The periods of limitation in the case of claims for compensatory damages also applies to compensation for ostensible expenses. Does this correspond to the general jurisprudence? Can we leave it out?

The period of limitation for all claims begins with the delivery or it begins when the performed work has been accepted.

The legal provisions about when the statutory limitation begins, the suspension of expiry, the suspension and the new beginning of time limits remain unaffected insofar as nothing else is expressly determined.

The aforementioned regulations apply accordingly to the claims for compensatory damages that are not connected with a defect; Paragraph 1, Sentence 1 applies to the period of limitation.

An alteration of the burden of proof to the customer's disadvantage is not connected with the preceding regulations.

11. Statutory limitation in the case of used articles

Claims and rights because of defects in the deliveries are excluded, irrespective of whatever legal reason. However, this exclusion does not apply in the cases of Article 438, Para. 1 No. 1 of the German Civil Code (legal defects in the case of fixed articles), or Article 438, Para. 1, No. 2 of the German Civil Code (buildings and articles for buildings). The cases that are exempted in the preceding 2nd sentence are subject to a period of limitation of one year.

The regulations about exclusion or statutory limitation according to Para. 1 also apply to all of the claims for compensatory damages against the contractor which are connected with the defect, irrespective of the legal basis of the claim.

The exclusion and the periods of limitation according to Para. 1 and 2 apply with the following provisos.

a) They generally do not apply in the case of (criminal) intent or in the case of fraudulent concealment of a defect, nor insofar as the contractor has undertaken a guarantee for the quality of the delivered item.

b) Furthermore, the periods of limitation do not apply to claims for compensatory damages in the case of a grossly negligent infringement of duty, nor in the case of culpably infringing the contractual duties that exist in delivering a defective article or providing defectively performed work, nor in the cases of a culpably caused injury to the life, limb or health, nor in the cases of claims according to the Product Liability Law. The exclusion or the periods of limitation in the case of claims for compensatory damages also apply to compensation for ostensible expenses. The period of limitation begins when the article is delivered in the case of all claims.

The legal provisions about when the statutory limitation begins, the suspension of expiry, the suspension and the new beginning of time limits remain unaffected insofar as nothing else is expressly determined.

Insofar as claims for compensatory damages of any kind exist against the contractor, which are not connected with a defect, they are excluded.

An alteration of the burden of proof to the customer's disadvantage is not connected with the preceding regulations.

12. Assignment, setoff and partial deliveries

The customer is only allowed to assign claims arising from this contract with the contractor's permission.

The customer can only set off those debt claims which are undisputed or legally established.

Partial deliveries are permitted, insofar as they are reasonable for the customer.

13. Infringement of third-party rights

If deliveries are made or work is provided according to the drawings or other information from the customer and if third-party rights – especially intellectual property rights – will be infringed as a result, then the customer will exempt the contractor from all of the claims that arise from them, unless the contractor has participated in the arisen claims by means of (criminal) intent or gross negligence. Article 840 of the German Civil Code or Article 264 of the German Civil Code applies to distributing the damages between the customer and the contractor.

14. Models, tools and samples

Tools, moulds and similar equipment remain the contractor's sole property, even if the customer partly remunerates the cost of using them.

Insofar as the customer provides tools, moulds or similar equipment to the contractor, they must be delivered or sent to the contractor free of charge. The contractor will only accept liability for their destruction or deterioration and the resulting damages, insofar as the matter concerns consequences that the contractor can avoid.

The samples that the contractor delivers will be charged for, if nothing else has been agreed.

15. Storage of data

The contractor will store the requisite data for handling the order as stipulated in the contract, according to the German Data Protection Law.

The contractor assures that the data will only be utilized in this connection.

16. Place of performance¹ and place of jurisdiction²

The place of performance for deliveries and payments is the contractor's registered head office.

The lawsuit in the case of disputes arising from the contractual relationship must be brought before the court which has jurisdiction over the contractor's registered head office. The contractor is also entitled to sue the customer at his registered head office.

The law of the Federal Republic of Germany applies to the legal relationships between the parties and it excludes the international uniform law; especially the so-called UN Purchase Law.

17. Other Points

Note according to § 36 VSBG - The Südpfälzwerkstatt gGmbH is not willing to participate in a dispute settlement procedure before a consumer conciliation board.

¹ domicilium executandi

² domicilium disputandi

³ The United Nations Convention on Contracts for the International Sale of Goods

Version of March 2017

Allgemeine Einkaufsbedingungen

1. Allgemeines

Die vorliegenden Allgemeinen Einkaufsbedingungen gelten für alle durch Auftragnehmer erfolgte Lieferungen und Leistungen, soweit der Auftragnehmer Unternehmer im Sinne des § 14 BGB, eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öffentlich-rechtliches Sondervermögen ist.

Es gelten ausschließlich diese Allgemeinen Einkaufsbedingungen. Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers gelten nur insoweit, als der Auftraggeber ihnen ausdrücklich schriftlich zugestimmt hat. Dies gilt auch dann, wenn der Auftraggeber trotz Kenntnis entgegenstehender oder von diesen Bedingungen abweichender Bestimmungen des Auftragnehmers die Lieferung oder Leistung vorbehaltlos annimmt.

Rechtserhebliche Erklärungen und Anzeigen, die nach Vertragsschluss vom Auftragnehmer dem Auftraggeber gegenüber abzugeben sind (z.B. Fristsetzungen, Mahnungen, Rücktrittserklärungen) bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform.

Hinweise auf die Geltung gesetzlicher Vorschriften haben nur klarstellende Bedeutung. Auch ohne eine derartige Klarstellung gelten daher die gesetzlichen Vorschriften, soweit sie in diesen Bedingungen nicht unmittelbar abgeändert oder ausdrücklich ausgeschlossen werden.

2. Vertragsschluss

Eine Bestellung gilt frühestens mit schriftlicher Abgabe oder schriftlicher Bestätigung des Auftraggebers als verbindlich. Lieferungen oder Leistungen für die keine schriftlichen Bestellungen vorliegen, werden nicht anerkannt. Das Schweigen des Auftraggebers auf Angebote, Aufforderungen oder sonstige Erklärungen des Auftragnehmers gilt nur dann als Zustimmung, wenn dies ausdrücklich schriftlich vereinbart wurde. Auf offensichtliche Fehler (Schreib- und Rechenfehler) und/oder unvollständige Bestellungen oder fehlende Bestelldokumente hat der Auftragnehmer den Auftraggeber zum Zwecke der Korrektur bzw. Vervollständigung unverzüglich hinzuweisen; ansonsten gilt der Vertrag als nicht geschlossen.

Eine geänderte oder verspätete Annahme gilt als neues Angebot und bedarf stets der Annahme durch den Auftraggeber. Entsprechendes gilt für eine Annahme unter Erweiterungen, Einschränkungen oder sonstigen Änderungen.

Angebote, Entwürfe, Proben und Muster des Auftragnehmers sind für den Auftraggeber kostenfrei. Auf Verlangen des Auftraggebers sind sie vom Auftragnehmer unverzüglich und auf eigene Kosten zurückzunehmen.

3. Preise, Zahlungsbedingungen, Zurückbehaltung, Aufrechnung

Der in der Bestellung angegebene Preis ist bindend. Alle Preise verstehen sich rein netto, zuzüglich der gültigen gesetzlichen Mehrwertsteuer, soweit nicht anders vereinbart.

Sofern im Einzelfall nichts anderes vereinbart ist, schließt der Preis alle Leistungen und Nebenleistungen des Auftragnehmers sowie alle Nebenkosten (z.B. ordnungsgemäße Verpackung, Zoll, Einfuhrabgaben, Transportkosten einschließlich etwaiger Transport- und Haftpflichtversicherung) ein.

Zahlungen erfolgen gemäß den individuell vereinbarten Zahlungskonditionen.

Für den Rechnungsausgleich erkennt der Auftraggeber nur die Menge und das Gewicht an, die von der Eingangskontrolle des Auftraggebers ermittelt wurden.

Der Auftraggeber schuldet keine Fälligkeitszinsen. Der Verzugszins beträgt jährlich fünf Prozentpunkte über dem Basiszinssatz. Für den Verzugsbeginn gelten die gesetzlichen Vorschriften. In jedem Fall ist jedoch eine schriftliche Mahnung durch den Auftragnehmer erforderlich.

Der Auftraggeber ist neben dem gesetzlichen Umfang berechtigt, fällige Zahlungen zurückzuhalten, solange der Auftraggeber noch Ansprüche aus unvollständigen oder mangelhaften Leistungen gegen den Auftragnehmer hat.

Der Auftragnehmer hat ein Aufrechnungs- oder Zurückbehaltungsrecht nur wegen rechtskräftig festgestellter oder unbestrittener Gegenforderungen.

4. Liefer- und Leistungszeit, Lieferverzug

Die vom Auftraggeber in der Bestellung angegebene Lieferzeit ist bindend. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den Auftraggeber unverzüglich schriftlich unter Angebote der Gründe und der voraussichtlichen Verzögerung in Kenntnis zu setzen, wenn absehbar ist, dass vereinbarte Lieferzeiten nicht eingehalten werden können. Vor der vereinbarten Lieferzeit dürfen Teillieferungen oder Lieferungen nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers vorgenommen werden.

Der Auftragnehmer steht für die Beschaffung der Lieferungen/Leistungen und der dafür erforderlichen Zulieferungen und Leistungen – auch ohne Verschulden – uneingeschränkt ein (volle Übernahme des Beschaffungsrisikos).

Ist die Nichteinhaltung der Abnahmepflicht des Auftraggebers auf höhere Gewalt, z.B. Mobilmachung, Krieg, Aufruhr, oder auf ähnliche, nicht vom Auftraggeber zu vertretende Ereignisse, z.B. Streik oder Aussperrung, zurückzuführen, entfällt die Abnahmepflicht für diese Zeit. Ein Verzug tritt hierdurch nicht ein.

5. Versand und Gefahrübergang

Sofern im Einzelnen nicht etwas anderes vereinbart ist, erfolgen Lieferungen „frei Haus“ an den in der Bestellung angegebenen Ort. Ist der Bestimmungsort nicht angegeben und nichts anderes vereinbart, so hat die Lieferung an den Geschäftssitz des Auftraggebers zu erfolgen. Der jeweilige Bestimmungsort bzw. der Geschäftssitz des Auftraggebers ist auch der Erfüllungsort (Bringschuld).

Die Gefahr des zufälligen Untergangs und der zufälligen Verschlechterung der Sache geht mit der Übergabe am Erfüllungsort auf den Auftraggeber über. Soweit eine Abnahme vereinbart ist, ist diese für den Gefahrübergang maßgebend.

6. Eigentumsvorbehalt und Beistellung

Die Übergang hat mit Übergabe der Ware an den Auftraggeber unbedingt und ohne Rücksicht auf die Zahlung des Preises zu erfolgen.

Jeder verlängerte oder erweiterte Eigentumsvorbehalt des Auftragnehmers ist ausgeschlossen.

Eine Verarbeitung, Vermischung, oder Verbindung von beigestellten Gegenständen vom Auftraggeber durch den Auftragnehmer wird für den Auftraggeber vorgenommen. Es besteht Einvernehmen, dass der Auftraggeber im Verhältnis des Wertes der Beistellung zum Wert des Gesamtergebnisses Miteigentümer an den unter Verwendung der beigestellten Gegenständen hergestellten Erzeugnissen wird.

7. Mängel

Für die Rechte des Auftraggebers bei Sach- und Rechtsmängeln der Ware und bei sonstigen Pflichtverletzungen durch den Auftragnehmer gelten die gesetzlichen Vorschriften, soweit nachfolgend nichts anderes bestimmt ist.

Der Auftragnehmer, der nicht lediglich ein Zwischenhändler ist, hat auch ohne Verschulden für Mängel seiner Lieferungen/Leistungen einzustehen.

Nach den gesetzlichen Vorschriften haftet der Auftragnehmer insbesondere dafür, dass die Ware bei Gefahrübergang auf den Auftraggeber die vereinbarte Beschaffenheit hat. Als Vereinbarung über die Beschaffenheit gelten jedenfalls diejenigen Produktbeschreibungen, die – insbesondere durch Bezeichnung oder Bezugnahme in der Bestellung vom Auftraggeber – Gegenstand des jeweiligen Vertrags sind oder in gleicher Weise wie diese Einkaufsbedingungen in den Vertrag einbezogen wurden. Es macht dabei keinen Unterschied, ob die Produktbeschreibung vom Auftraggeber oder vom Auftragnehmer stammt.

Der Auftraggeber wird unverzüglich nach Eingang von Produkten prüfen, ob sie der bestellten Menge und dem bestellten Typ entsprechen und ob äußerlich erkennbare Transportschäden oder äußerlich erkennbare Mängel vorliegen. Weitergehende Untersuchungspflichten obliegen dem Auftraggeber nicht. Soweit eine Abnahme vereinbart ist, besteht keine Untersuchungspflicht.

Die Rügepflicht für später entdeckte Mängel bleibt unberührt. In allen Fällen gilt die Rüge des Auftraggebers (Mängelanzeige) als unverzüglich und rechtzeitig, wenn sie innerhalb von 10 Kalendertagen beim Auftragnehmer eingeht.

Die zum Zwecke der Prüfung und Nachbesserung vom Auftragnehmer aufgewendeten Kosten (einschließlich eventueller Ausbau- und Einbaukosten) trägt dieser auch dann, wenn sich herausstellt, dass tatsächlich kein Mangel vorlag. Die Schadensersatzhaftung des Auftraggebers bei unberechtigtem Mängelbeseitigungsverlangen bleibt unberührt; insoweit haftet der Auftraggeber jedoch nur, wenn der Auftraggeber erkannt oder grob fahrlässig nicht erkannt hat, dass kein Mangel vorlag.

Dem Auftraggeber stehen auch bei nur unerheblicher Abweichung von der vereinbarten Beschaffenheit oder bei nur unerheblicher Beeinträchtigung der Brauchbarkeit das Recht auf Rücktritt vom Vertrag und Schadensersatz statt der (ganzen) Leistung zu.

Abweichend von § 442 Abs. 1 S. 2 BGB stehen dem Auftraggeber Mängelansprüche uneingeschränkt auch dann zu, wenn der Mangel bei Vertragsschluss infolge grober Fahrlässigkeit unbekannt geblieben ist.

Das Wahlrecht zwischen Mängelbeseitigung und Neulieferung/Neuleistung steht in jedem Fall dem Auftraggeber zu. Ist nachzubessern, so gilt die Nachbesserung nach dem erfolglosen ersten Nachbesserungsversuch als fehlgeschlagen.

Kommt der Auftragnehmer seiner Verpflichtung zur Nacherfüllung innerhalb einer vom Auftraggeber gesetzten, angemessenen Frist nicht nach, so kann der Auftraggeber den Mangel selbst beseitigen und vom Auftragnehmer Ersatz der hierfür erforderlichen Aufwendungen bzw. einen entsprechenden Vorschuss verlangen. Ist die Nacherfüllung durch den Auftragnehmer fehlgeschlagen oder für den Auftraggeber unzumutbar (z.B. wegen besonderer Dringlichkeit, Gefährdung der Betriebssicherheit oder drohendem Eintritt unverhältnismäßiger Schäden), bedarf es keiner Fristsetzung; von derartigen Umständen wird der Auftraggeber den Auftragnehmer unverzüglich, nach Möglichkeit vorher, unterrichten.

Erfüllt der Auftragnehmer seine Nacherfüllungsverpflichtung durch Neulieferung/Neuleistung, so beginnt für die als Ersatz gelieferte Ware bzw. für die erbrachte neue Leistung nach deren Ablieferung/Abnahme die Verjährungsfrist neu zu laufen, es sei denn, der Auftragnehmer hat sich bei der Nacherfüllung ausdrücklich schriftlich und zurechtend vorbehalten, die Ersatzlieferung nur aus Kulanz, zur Vermeidung von Streitigkeiten oder im Interesse des Fortbestands der Lieferbeziehung vorzunehmen.

Im Übrigen ist der Auftraggeber bei einem Sach- oder Rechtsmangel nach den gesetzlichen Vorschriften zur Minderung des Kaufpreises oder zum Rücktritt vom Vertrag berechtigt. Außerdem hat der Auftraggeber nach den gesetzlichen Vorschriften Anspruch auf Schadens- und Aufwendungsersatz.

8. Lieferantenregress

Die gesetzlich bestimmten Regressansprüche des Auftraggebers innerhalb einer Lieferkette (Lieferantenregress gemäß §§ 478, 479 BGB) stehen dem Auftraggeber neben den Mängelansprüchen uneingeschränkt zu. Der Auftraggeber ist insbesondere berechtigt, genau die Art der Nacherfüllung (Nachbesserung oder Neulieferung/Neuleistung) vom Auftragnehmer zu verlangen, die der Auftraggeber seinem Abnehmer im Einzelfall schuldet. Das gesetzliche Wahlrecht des Auftraggebers (§ 439 Abs. 1 BGB) wird hierdurch nicht eingeschränkt.

Bevor der Auftraggeber einen von seinem Abnehmer geltend gemachten Mängelanspruch (einschließlich Aufwendungsersatz gemäß §§ 478 Abs. 3, 439 Abs. 2 BGB) anerkennt oder erfüllt, wird der Auftraggeber den Auftragnehmer benachrichtigen und unter kurzer Darlegung des Sachverhalts um schriftliche Stellungnahme bitten. Erfolgt die Stellungnahme nicht innerhalb angemessener Frist und wird auch keine einvernehmliche Lösung herbeigeführt, so gilt der vom Auftraggeber tatsächlich gewährte Mängelanspruch als seinem Abnehmer geschuldet; dem Auftragnehmer obliegt in diesem Fall der Gegenbeweis.

Die Ansprüche des Auftraggebers nach Absatz 1 bestehen auch, falls die Ware vor ihrer Veräußerung an einen Verbraucher durch den Auftraggeber oder durch einen Kunden des Auftraggebers weiterbearbeitet oder weiterverarbeitet wurden, z.B. durch Einbau.

9. Produkthaftung und Versicherungspflicht

Für den Fall, dass der Auftraggeber aufgrund Produkthaftung in Anspruch genommen wird, ist der Auftragnehmer verpflichtet, den Auftraggeber von derartigen Ansprüchen frei zu stellen, soweit der Schaden durch einen Fehler der vom Auftragnehmer gelieferten Ware verursacht worden ist. In den Fällen verschuldensabhängiger Haftung gilt dies jedoch nur dann, wenn den Auftragnehmer ein Verschulden trifft. Soweit die Schadensursache im Verantwortungsbereich des Auftragnehmers liegt, muss er nachweisen, dass ihn kein Verschulden trifft.

Der Auftragnehmer übernimmt im Rahmen seiner Freistellungsverpflichtung alle Kosten und Aufwendungen, die sich aus oder im Zusammenhang mit einer Inanspruchnahme Dritter einschließlich vom Auftraggeber durchgeführter Rückrufaktionen ergeben. Vor einer Rückrufaktion wird der Auftraggeber den Auftragnehmer unterrichten, ihm ausreichend Mitwirkung ermöglichen und sich mit ihm über eine effiziente Durchführung austauschen; dies ist nicht erforderlich, soweit die Unterrichtung oder Beteiligung des Auftragnehmers wegen besonderer Eilbedürftigkeit nicht möglich ist.

Der Auftragnehmer haftet im Übrigen auch für Schäden, die dem Auftraggeber durch angemessene Vorsorgemaßnahmen zum Schutz gegen eine Inanspruchnahme aus außervertraglicher Haftung entstehen, die maßgeblich auf den Auftragnehmer zurückzuführen sind (z.B. öffentliche Werbemaßnahme).

Der Auftragnehmer stellt den Auftraggeber von allen Ansprüchen frei, die ein Kunde des Auftraggebers („Kunde“) aufgrund von Werbeaussagen des Auftragnehmers, des Herstellers im Sinne des § 4 Abs. 1 oder 2 ProdHaftG oder eines Gehilfen eines dieser Genannten geltend macht und welche ohne die Werbeaussage nicht oder nicht in dieser Höhe bestehen würden. Diese Regelung gilt unabhängig davon, ob die Werbeaussage vor oder nach Abschluss dieser Vereinbarung erfolgt.

Weitergehende gesetzliche Ansprüche bleiben unberührt.

Während des Vertragsverhältnisses mit dem Auftraggeber hat der Auftragnehmer auf seine Kosten stets eine ausreichende Produkthaftpflicht-Versicherung nachzuweisen.

10. Verjährung

Die Verjährungsfrist für Ansprüche und Rechte des Auftraggebers wegen Mängeln der Lieferungen/Leistungen – gleich aus welchem Rechtsgrund – beträgt vier Jahre ab Gefahrübergang. Diese Frist gilt auch, soweit die Ansprüche mit einem Mangel nicht im Zusammenhang stehen. Ansprüche aus Rechtsmängeln verjähren darüber hinaus in keinem Fall, solange ein Dritter das Recht – insbesondere mangels Verjährung – noch gegen den Auftraggeber geltend machen kann.

Die Verjährungsfrist beginnt bezüglich des zu einer Nacherfüllung führenden Mangels mit Abschluss der Nacherfüllungsmaßnahme von Neuem. Längere gesetzliche Verjährungsfristen bleiben ebenso unberührt wie weitergehende Bestimmungen über die Ablaufhemmung, die Hemmung und den Neubeginn von Fristen.

Soweit der Auftraggeber wegen eines Mangels auch außervertragliche Schadensersatzansprüche zustehen, gilt hierfür die regelmäßige gesetzliche Verjährungsfrist (§§ 195, 199 BGB) wenn nicht die Anwendung der Verjährungsfristen des Kaufrechts im Einzelfall zu längeren Verjährungsfristen führt.

11. Abtretung, Aufrechnung

Ansprüche aus diesem Vertrag darf der Auftragnehmer nur mit Zustimmung des Auftraggebers abtreten.

Der Auftragnehmer kann nur mit solchen Forderungen aufrechnen, die unbestritten oder rechtskräftig festgestellt sind.

12. Datenspeicherung

Der Auftraggeber speichert die für die vertragsgemäße Auftragsabwicklung erforderlichen Daten gemäß dem Bundesdatenschutzgesetz.

Der Auftraggeber sichert zu, die Daten nur in diesem Zusammenhang zu verwenden.

13. Erfüllungsort und Gerichtsstand

Erfüllungsort für Lieferungen und Zahlungen ist der Sitz des Auftraggebers.

Bei allen sich aus dem Vertragsverhältnis ergebenden Streitigkeiten ist die Klage bei dem Gericht zu erheben, das für den Sitz des Auftraggebers zuständig ist. Der Auftraggeber ist auch berechtigt, am Hauptsitz des Auftragnehmers zu klagen.

Für die Rechtsbeziehungen der Parteien gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss internationalen Einheitsrechts, insbesondere UN-Kaufrechts.

17. Sonstiges

Hinweis nach § 36 VSBG - Die Südpfalzwerkstatt gGmbH ist nicht bereit, an einem Streitbelegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle teilzunehmen.

Fassung März 2017

General Conditions of Purchase

1. Generally

These General Conditions of Purchase apply to all of the deliveries that are made and all of the work that is provided by the contractor, insofar as the contractor is a business enterprise for the purposes of Article 14 of the German Civil Code, or a legal entity according to public law, or comprises special assets under public law.

These General Conditions of Purchase solely apply. The contractor's general terms and conditions of business only apply insofar as the customer has expressly consented to them in writing. This rule also applies whenever the customer accepts the delivery or work unreservedly, despite knowledge of the contractor's provisions that oppose these conditions or diverge from them.

Legally relevant declarations and notifications that the contractor must give to the customer after concluding the contract (e.g., setting the time limits or deadlines, reminders, declarations of withdrawal) require the written form in order for them to be operative.

Advice about the validity of legal regulations only has a clarifying significance. Therefore, the legal regulations apply even without such a clarification, insofar as they will not be directly altered or expressly excluded in these conditions.

2. Conclusion of the contract

A purchase order applies as binding at the earliest when the customer has issued it or confirmed it in writing. The customer's silence about the contractor's quotations, requests or other declarations only applies as consent whenever they have been expressly agreed in writing. The contractor has to immediately advise the customer about apparent defects (clerical mistakes and arithmetical errors) or incomplete purchase orders, or both, or lacking purchase order documents, for the purposes of correction or completion; the contract will apply as not concluded otherwise.

An altered or belated acceptance applies as a new quotation and it always needs to be accepted by the customer. The same thing applies to an acceptance that is subject to extensions, restrictions or other alterations.

The contractor's quotations, preliminary designs, tests and samples are free of charge for the customer. The contractor must take them back at his own cost in response to the customer's demand.

3. Prices, terms of payment, retention and setoff

The price that is quoted in the purchase order is binding. All prices are understood to be purely net, plus the valid statutory value-added tax, insofar as nothing else is agreed.

The price includes all of the contractor's work and ancillary work as well as all of the ancillary costs (e.g., proper packing and packaging, customs duties, import charges, transport costs including any transport insurance and third-party liability insurance), insofar as nothing else is agreed in individual cases. Payments will be made according to the individually agreed conditions of payment.

The customer will only recognize the quantity and the weight that have been ascertained by the customer's incoming inspection of goods, in order to settle the invoices. The customer does not owe any interest after the due date for payment. The default interest is five percentage points annually above the basic interest rate. The legal regulations apply to the onset of interest. However, the contractor is required to issue a written reminder in every case. The customer is entitled to retain the due payments in addition to the legal scope, for as long as the customer still has claims against the contractor arising from incomplete or defective work.

The contractor only has a right of setoff or a right of retention because of those counter-claims which have been established as legally valid or are undisputed.

4. Period of delivery, period of work and delayed delivery

The period of delivery that the customer states is binding. The contractor is obligated to immediately inform the customer in writing when it is foreseeable that he cannot comply with the agreed period of delivery, by giving him information about the reasons and the probable delay. Partial deliveries or [complete] deliveries can only be made before the agreed period of delivery whenever the customer gives his consent.

The contractor is unlimitedly responsible for providing the deliveries and the work, as well as for the requisite supplies and services, even without culpability (full acceptance of the risk of provision).

If the customer does not comply with the duty of acceptance because of force majeure, e.g., mobilization, war, unrest or similar eventualities for which he is not responsible, e.g., strike or lockout, then the duty of acceptance will be waived for this period. No delay or default will occur as a result.

5. Despatch and passage of risk

The deliveries will be made franco domicile to the place that is stated in the purchase order, insofar as nothing else is agreed in detail. If the final destination is not stated and nothing else is agreed, then the delivery must be made to the customer's place of business. The respective final destination or the customer's place of business is also the place of performance¹ (obligation to perform at the buyer's location).

The risk of accidental destruction and accidental deterioration of the article will pass to the customer when the handover takes place at the place of performance¹. Insofar as an acceptance is agreed, it will be decisive for the passage of risk.

6. Reservation of ownership and provision

The assignment has to take place without fail when the goods are handed over to the customer and irrespective of paying the purchase price.

The contractor is excluded from any prolonged or extended reservation of ownership.

The articles that the customer provides will be processed, mixed or connected [with other articles] by the contractor on the customer's behalf. It is agreed that the customer will be the co-owner of the products that are manufactured by means of utilizing the provided articles according to the relation of the provision's value with the value of the entire product.

7. Defects

The legal regulations apply to the customer's rights in the case of material defects and legal defects in the goods and in the case that the contractor infringes other duties, insofar as nothing else is determined in the following text.

The contractor, who is not only an intermediate dealer, also has to be responsible for the defects in his deliveries or work without culpability.

According to the legal regulations, the contractor is especially liable for the goods having the agreed quality when the risk passes to the customer. In any case, those descriptions of the product which – especially by means of a description or reference in the customer's purchase order – are the object of the respective contract, or which have been included in the same way as these [General] Conditions of Purchase, apply as agreement about the quality. Whether the customer or the contractor has described the product does not make any difference while doing so.

The customer will immediately check the products after receiving them, in order to determine whether they correspond to the ordered quantity and the ordered type, as well as whether there are any externally recognizable transport damages or external recognizable defects. No further duties of inspection are incumbent upon the customer. There is not any duty of inspection, insofar as an acceptance is agreed.

The obligation to give notice of defects for subsequently discovered defects remains unaffected. The customer's complaint (notification of defects) applies as immediate and timely in all cases, if the contractor receives it within 10 calendar days.

The costs that the contractor incurs for checking the remedial work (including any costs of dismantling and installation) will also be borne by him whenever it turns out that actually there was not any defect. The customer's liability for compensatory damages remains unaffected in the case of unjustified demands for remedying the defects; however, only insofar as the customer has recognized that there is not any defect, or he has been grossly negligently in not recognizing them.

The right of withdrawal from the contract and the right to compensatory damages instead of (entire) performance is also vested in the customer in the case of only negligible divergence from the agreed quality or if the usability is only negligibly impaired.

Diverging from Article 442, Para. 1, Sentence 2 of the German Civil Code, the defects claims are also unlimitedly vested in the customer whenever the defect remained unrecognized as a result of gross negligence when the contract was concluded.

In any case, the right to choose between remedying the defects and a new delivery or new work is vested in the customer. If subsequent improvement is chosen, then it will apply as having failed after the first attempt at subsequent improvement has taken place.

If the contractor does not comply with his obligation of supplementary performance, even after being set a reasonable time limit, then the customer can remedy the defect himself and he can demand compensation from the contractor for the expenses that were required for this purpose or he can demand an appropriate down-payment. If the contractor's supplementary performance fails or if it is unreasonable for the customer (e.g., because of particular urgency, endangerment of operating safety or imminent onset of disproportionate damages), then no time limit needs to be set. The customer will immediately inform the contractor about such circumstances beforehand if possible.

If the contractor fulfils his obligation of supplementary performance, then the period of limitation will begin to run anew after the delivery or acceptance of the goods that were delivered as replacements or after acceptance of the newly provided work, unless the contractor has expressly and relevantly reserved the right in writing to only make a replacement delivery as a gesture of goodwill in the case of supplementary performance, for avoiding disputes, or in the interest of continuing the supply relationship.

Otherwise, the customer is entitled to reduce the purchase price or to withdraw from the contract in the case of a material defect or a defect of title according to the legal regulations. In addition, the customer has claims to compensatory damages and reimbursement of expenses according to the legal regulations.

8. Supplier's redress

The customer's legally determined claims to redress within a supply chain (supplier's redress according to Articles 478 and 479 of the German Civil Code) are vested in the customer unlimitedly in addition to the defects claims. In particular, the customer is entitled to demand from the contractor precisely the type of supplementary performance that the customer owes to his buyer in individual cases. The customer's legal right of choice (Article 439, Para. 1 of the German Civil Code) will not be limited as a result.

The customer will inform the contractor and briefly describe the facts of the case in order to request a statement, before the customer recognizes or fulfils a defects claim that one of his buyers has made (including reimbursement for expenses according to Article 478, Para. 3 and Article 439, Para. 2 of the German Civil Code). If the statement is not made within a reasonable period and it does not bring about an amicable solution, then the defects claim that the customer has actually allowed will apply as owed to his buyer; it is incumbent upon the contractor to disprove it in this case.

The customer's claims according to Paragraph 1 also exist if the goods are reprocessed or they have been reprocessed, e.g., through installation, by the customer or by one of the customer's clients before they are sold to a consumer.

9. Product liability and duty of insurance

In the case that a claim is made against the customer on account of product liability, the contractor is obligated to exempt the customer from such claims insofar as the damage has been caused by a flaw in the goods that the contractor has delivered. However, this rule only applies in the case of liability which depends upon culpability whenever the contractor is culpable. He must prove that he is not culpable insofar as the cause of the damage lies within his area of responsibility.

The contractor will pay all of the costs and expenses within the framework of his duty of exemption, which arise from or are connected with a third-party claim including a recall action that is implemented by the customer. The customer will inform the contractor before a recall action: he will enable him to cooperate adequately and he will exchange information about efficient implementation with him; this action will not be required insofar as the instruction is impossible or the contractor cannot participate because the matter is particularly urgent.

Otherwise, the contractor is also liable for damages that the customer suffers because of taking reasonable precautionary measures for protection against a claim arising from extra-contractual liability, which are decisively attributable to the contractor (e.g., public advertising measures).

The contractor exempts the customer from all claims that one of the customer's clients ("client") makes on account of the advertising statements that are made by the contractor, by the manufacturer for the purposes of Article 4, Para. 1 or 2 of the Product Liability Law, or by an assistant of one of these named persons, which do not exist or would not exist without the advertising statement. This regulation applies irrespectively of whether the advertising statement was made before or after concluding this agreement.

Further legal claims remain unaffected. The contractor must always prove that he has an adequate product liability insurance policy during the contractual relationship with the customer.

10. Statutory limitation

The statutory period of limitations for the customer's claims and rights because of defects in the deliveries or work – irrespective of whatever reason – is four years from the passage of risk. This time limit also applies insofar as the claims are not connected with a defect. Claims arising from legal defects will not be time-barred beyond that date in any case, provided that a third party can still assert the right – especially for the lack of statutory limitation – against the customer.

The period of limitation begins anew when the supplementary performance measure has been completed, regarding the defect which has led to a supplementary performance. Longer periods of limitation also remain just as unaffected as further provisions about the suspension of expiry, the suspension and the new beginning of time limits.

Insofar as extra-contractual claims for compensatory damages are also vested in the customer because of a defect, the statutory period of limitation (Article 195 and 199 of the German Civil Code) applies for this purpose, if applying the periods of limitation according to the Sale of Goods Law does not lead to longer periods of limitation in individual cases.

11. Assignment and setoff

The contractor is only allowed to assign the claims arising from this contract with the customer's permission. The contractor can only set off those debt claims which are undisputed or which have been established as legally valid.

12. Storage of data

The customer will store the requisite data for handling orders as stipulated in the contract, according to the Federal Data Protection Law. The customer assures that the data will only be utilized in this connection.

13. Place of performance¹ and place of jurisdiction²

The place of performance for deliveries and payments is the customer's registered head office.

The lawsuit in the case of all disputes arising from the contractual relationship must be brought before the court which has jurisdiction over the customer's registered head office. The customer is also entitled to sue the contractor at his registered head office.

The law of the Federal Republic of Germany applies to the legal relationships between the parties and it excludes the international uniform law; especially the so-called UN Purchase Law.³

17. Other Points

Note according to § 36 VSBG - The Südpfalzwerkstatt gGmbH is not willing to participate in a dispute settlement procedure before a consumer conciliation board.

¹ domicilium executandi

² domicilium disputandi

³ The United Nations Convention on Contracts for the International Sale of Goods